

Fortführung der Landtagssitzung am 12. November 1948
(Konferenzzimmersitzung) *besprechung*

Beginn: 8.30 h.

Anwesend sind alle Abgeordneten, ausgenommen Abgeordneter Heinrich Brunhart, welcher durch Abgeordneter Alexander Sele vertreten ist.

Präsident Strub ~~mündlich~~ begrüsst die Herren Abgeordneten und erwähnt, dass er die Herren Abgeordneten vor der öffentlichen Sitzung noch über die in der Ellhornangelegenheit stattgefundenen Verhandlungen noch orientieren lassen möchte.

Abg. Brunhart Fidel bedingt sich aus, dass nur eine Orientierung stattfindet, sofern eine endgültige Verhandlung stattfindet, müsste noch ein zweiter Vertreter der Gemeinde Balzers dabei sein.

Regierungschef Frick teilt mit, dass die Delegation durch Forstmeister Bühler und Peter Vogt von Balzers verstärkt wurde. Sie hätten der schweizerischen Vertretung vorgeschlagen, dass sie sich nur auf das Ellhorn beschränken sollen. Die Schweiz werde sich nun mit 38 anstatt 70 Hektaren begnügen; es handle sich somit nur um einen Bodentausch. Das Land welches Balzers bekommt ist ~~gründiger~~ *gründiger* Pflanzboden, während der Boden auf und ~~mündlich~~ *mündlich* um das Ellhorn grösstenteils sehr flachgründig ist. Somit geht also der Gemeinde Balzers an Bodenwert nichts ab. Dies ist das wesentlichste Ergebnis des ersten Tages. Am anderen Tage wurde über Grenzschutz und andere Fragen gesprochen, er sei jedoch nicht so gut im Bilde, da er an diesem Tage dringend nach Hause gerufen wurde.

Präsident Strub gibt bekannt, dass die Schweiz hinsichtlich Grenzschutz wie im Jahre 1945 das Grenzwachtkorps verstärken würde. Sie müssten dies allerdings unter dem Titel Grenzwachtkorps tun. Die Vorschläge über die Evakuierung seien ziemlich lose und zu wenig konkret gewesen. Er liest den diesbezüglichen Vorschlag vor. Die liechtensteinische Delegation hätte konkrete Vorschläge verlangt und habe betont, dass man dies der Bevölkerung schuldig sei. Die schweizerische Delegation habe betont, dass dies für sie eine sehr heikle Frage sei. Sie würden durch ein solches Abkommen mit unserem Land das Neutralitätsstatut verletzen. Die liechtensteinische Kommission habe in jeder Hinsicht gerade auf dieses Problem grossen Wert gelegt. Es sei ihnen jedoch nicht möglich gewesen, weitere Zusicherungen von der Schweizerischen Delegation zu erhalten. Diese habe darauf verwiesen, dass die Schweiz während des letzten Krieges den caritativen Aktionen ein besonderes Augenmerk geschenkt habe, so habe sie einmal auf einen Schlag die Bevölkerung einer ~~ganzen~~ französischen Stadt aufgenommen. Regierungschef Frick habe mit Minister Zehnder auch wegen Aufrechterhaltung des Zollvertrages gesprochen. Er selbst habe bei der Konferenz vorgeschlagen, dass die Dauer des Zollvertrages durch einen Zusatz zum Vertrag festzulegen. Die schweizerische Delegation habe jedoch zu bedenken gegeben, dass dieser zusätzliche Vertrag den Nationalrat passieren müsste und somit stark an die Öffentlichkeit treten würde. Die schweizerische Delegation habe dann den Gegenvorschlag

gemacht, dass durch den Bundesrat durch eine Note bestätigt würde, dass die Schweiz an eine Kündigung des Zollvertrages vorläufig nicht denkt. Präsident Strub ist der Auffassung, dass die bundesrätliche Bestätigung mittels Note genügen würde und dass Liechtenstein andererseits darauf bedacht sein soll, hinsichtlich der Verbesserung der Beziehungen der Schweiz entgegenzukommen, wo dies möglich ist.

Vizepräsident Dr. Alois Ritter bestätigt die Ausführungen Strubs.

Präsident Strub führt weiter aus, dass auch die Schuld der 2.6 Millionen zur Sprache kam. Minister Zehnder habe empfohlen, diese Angelegenheit im Zuge dieser Verhandlungen zu erledigen, zugleich habe er der liechtensteinischen Delegation verschiedene Winke gegeben, so u.A. dass sie über eine Reduktion der Schuld mit sich sprechen lassen würden. Er habe gleichzeitig den Vorschlag gemacht, dass die liechtensteinische Delegation bei den Verhandlungen den Vorschlag unterbreiten solle, dass die Schuld auf Fr. 600000.-- auf 31.12.1948 reduziert werden solle, zahlbar in drei Jahresraten. Die liechtensteinische Kommission habe dann zuerst das Zurechtbestehen der Schuld überhaupt in Frage gestellt. Daraufhin habe man ihnen angedeutet, dass die Schweiz auch in der Lage wäre, uns über Verschiedenes Gegenrechnung zu stellen, z.B. über die diplomatische Vertretung. Bei einer privaten Besprechung sei man zur Ansicht gekommen, dass man nicht unter 800,000.-- heruntergehen dürfte. Man müsse auf alle Fälle trachten, dass diese Fragen nicht vor das Finanzdepartement kommen. Man habe also Fr. 800000.-- vorgeschlagen, zahlbar in vier Jahresraten. Minister Zehnder habe dann unter den gegebenen Umständen zugestimmt.

Bühli
Geld
schneise
Regierungschef Frick ergänzt noch, dass unabhängig von den allgemeinen Verhandlungen zwischen Forstmeister Bühler und Kommissär ~~Schöckli~~ ^{Schöckli} Verhandlungen wegen der Balzner Waldschneise geführt wurden. Beizufügen wäre noch, dass der Steinbruch auch bei Balzers verbleibe.

Friedl
Abg. Brunhart Heinrich bemerkt, nachdem es sich hier um eine Orientierung handle, möchte er noch mitteilen, dass die Gemeinde Balzers diesen Beschlüssen niemals zustimmen könnte. Sofern der Landtag die Gemeinde Balzers verkaufen wolle, sei das seine Sache, aber die Gemeinde Balzers könne niemals zustimmen. Man erzähle in Balzers, dass ganz früher einmal die Landesgrenze auch weiter droben gelegen sei und man verfluche heute noch jene Leute, die eine Verschiebung der Grenze zu unseren Ungunsten bewilligt haben.

Präsident Strub fragt die anwesenden Kommissionsmitglieder, ob sich bei den Verhandlungen nicht die grösste Mühe gegeben hätte, die bestmöglichen Resultate zu erzielen. Das Problem sei von der Schweiz nun einmal aufgeworfen worden und man müsse damit fertig werden.

Regierungschef Frick erklärt noch die Folge der Verhandlungen. Es sei äusserst wichtig, dass wir von der Schweiz betreffend Grenzschutz und Evakuierung diese Zusicherungen erhalten haben. Man dürfe ~~nicht kleinlich sein~~ bei solchen Verhandlungen, wenn man nicht den ganzen Erfolg riskieren wolle, sondern man solle *✓ nicht mit kleinlichen finanziellen Forderungen kommen.* 144

eher versuchen, daraus politisches Kapital zu schlagen. ~~Man dürfe andererseits aber auch nicht schamlos werden.~~ Man habe bei den gegenständlichen Verhandlungen das Notwendige verlangt, man sei aber auch der Ansicht gewesen, dass man genug verlangt habe.

Präsident Strub weist darauf hin, dass sich die Schweiz gegenüber Flüchtlingen immer grosszügig erwiesen habe und deshalb einer Beleidigung gleichkäme, von der Schweiz heute trotz der vorgebrachten Einwände einen diesbezüglichen Passus im Vertrag über das Ellhorn zu verlangen.

Vizepräsident Dr. Ritter stellt fest, dass die Schwierigkeiten der Schweiz, die eventuelle Evakuation in einen Staatsvertrag hineinzunehmen verständlich seien. Man habe sich über diese Frage vorher zu wenig Rechenschaft abgelegt.

Abg. Brunhart Fidel ist voll überzeugt, dass nach Abtretung des Ellhorns sofort mit dem Bau der Bunker begonnen werde.

Präsident Strub ist der Ueberzeugung, dass im Falle einer Ablehnung Balzers noch mehr Schwierigkeiten hätte.

Abg. Kindle Florian bemerkt, wie man in den letzten Jahren gesehen habe, seien Verträge oft nicht nicht viel mehr als ein Fetzen Papier. Es sei komme darauf an, dass die Vertragsparteien es wirklich ehrlich meinen. Er fragt an, ob die Kommission der Ansicht sei, dass die Beziehungen zwischen Liechtenstein und der Schweiz durch die Abtretung des Ellhorns wesentlich verbessert werden könnten. Gleichzeitig stellt er die Anfrage, wie Liechtenstein die Schuld von 800000.-- Fr. abzutragen habe.

Präsident Strub antwortet, dass dies mit einem separaten Staatsvertrag geregelt werde. Schon während des letzten Krieges habe man sich gesagt, dass man mit Gedeih und Verderb mit der Schweiz verbunden sei, man müsse dem auch Rechnung tragen.

Vizepräsident Dr. Ritter macht darauf aufmerksam, dass es damals für die Schweiz sicher nicht leicht gewesen sei, diesen Zollvertrag mit Liechtenstein Wirklichkeit werden zu lassen. Man sollte der Schweiz deshalb Entgegenkommen zeigen, schon aus dem einen Grunde auch, dass die Abtretung des Ellhorns für die Regierung in Zukunft eine gewisse moralische Reserve wäre.

Abg. Schädler Eugen kommt nochmals auf die Evakuierung zurück und schlägt vor, dass man spätestens zu dem Zeitpunkt evakuieren soll, wenn die Grenzwaache zurückgezogen werde.

Vizepräsident Dr. Ritter erwähnt, dass eine Zwangsevakuierung nie in Frage kommen dürfte. Eine Evakuation hänge voll und ganz vom Willen des liechtensteinischen Volkes ab. Wir würden höchstens auf die Möglichkeiten aufmerksam gemacht. Am guten Willen der Schweiz könne nicht gezweifelt werden, schliesslich habe die Schweiz im letzten Kriege verschiedene grosse Aktionen durchgeführt, z.B. die Uebernahme der ganzen Bevölkerung einer Stadt von ca. 30 - 40 000 Einwohnern.

Präsident Strub ist der Ansicht, dass es ohnehin schon viel

versprochen, wenn die Schweiz gesagt habe, dass sie die liechtensteinische Bevölkerung genau wie die schweizerische Bevölkerung in gleicher oder ähnlicher Lage behandeln werde.

Abg. Sele Josef erklärt, dass er mit dem Herz bei den Balzern sei, verstandesgemäss sehe die Sache anders aus. Seiner Ansicht nach sei halt doch ein Handel dabei. Die Schweiz habe ihre Neutralität immer betont und habe immer gesagt, dass sie niemals Gebietsansprüche machen werde. Eine seinerzeitige Besetzungsmacht würde uns dann unweigerlich diese Gebietsabtretung oder diesen Tausch zum Vorwurfe machen.

Abg. Vizepräsident Dr. Ritter betont, dass die Schweiz ein neutralisierter Staat sei und Liechtenstein nicht. Darum könne uns wegen einer Gebietsabtretung niemand einen Vorwurf machen, weil das Land dadurch völkerrechtlich keinen Fehler begehe. Eventuelle Repressalien durch eine gegnerische Macht müsse man eben in Kauf nehmen, das Hemd liege uns schliesslich doch näher als der Rock. Wenn wir der Schweiz das Ellhorn verweigern, haben wir heute schon Nachteile, dass eine Zusammenarbeit fast unerträglich würde. Es bleibe uns heute keine andere Möglichkeit als dem Wunsche der Schweiz stattzugeben.

Kindle Florian ist der Auffassung, dass man sich vorher mit den Balzern irgendwie verständigen könnte. Die Balzner dürfen diese Angelegenheit heute nicht mehr nur von ihrem Gesichtswinkel aus betrachten, sondern man müsse für das ganze Land denken und wirklich objektiv sein.

Regierungschef Frick gibt einen kurzen Ueberblick über die letzte Aufklärungsversammlung in Balzers und erwähnt dass Balzers sich doch eher dazu entschliessen könne, nicht mehr gar zuviel Opposition zu machen, nachdem die Gemeinde doch gleichviel und qualitativ besseren Boden erhalte, als sie hergebe. Man verlange von den Balzern schliesslich keine direkte Zustimmung. Man können jedoch nicht das Gedeih und Verderb des Landes von der Gemeinde Balzers abhängig machen, ~~der~~ Landtag und die Regierung hätten die Verantwortung für die Weiterentwicklung im Lande. Diese sei aber im Falle einer Verweigerung aufs Aeusserste gefährdet.

Präsident Strub wünscht, dass er heute schon hören könnte, was die Balzner schon kurze Zeit nach der Trennung von der Schweiz sagen würden. Jedenfalls wüssten sie auch nichts besseres zu tun, als die Schuld der Regierung und dem Landtag in die Schuhe zu schieben.

Vizepräsident Dr. Ritter ist der gleichen Ansicht über die liechtensteinische Arbeiterschaft, die dann schliesslich doch grosse Arbeitsmöglichkeiten verlieren würde.

Abg. Brunhart Fidel erwidert, dass man von den den Balzern keine Zustimmung verlangen könne.

Regierungschef Frick schlägt vor, dass man das weitere Vorgehen festlegen wolle. Man könnte Balzers einen gewissen Betrag ~~kompensieren~~, über diese sollte allerdings in einer Gemeindeversammlung gesprochen werden können. Selbstverständliche könne man die Balzner nicht dazu veranlassen, dass sie der ganzen Sache bestimmen, aber sie sollen wenigstens einigermassen zufrieden sein.

Fürst,

offeneren
und damit

Vizepräsident Dr. Alois Ritter erklärt, dass es eine moralische Verpflichtung des Landes sei, die Gemeinde Balzers in generöser Weise zu entschädigen.

Präsident Strub bestätigt, dass er auch dieser Ansicht ist und auch die ganze Delegation. Andererseits sollte man von Balzers verlangen können, dass es auch eine gewisse Vernunft walten lasse.

Abg. Sele Josef schlägt vor, dass man mit Balzers noch einmal sprechen soll, damit der Landtag nicht gegen eine ganze Gemeinde entscheiden müsse.

Abg. Brunhart Fidel erwähnt, dass die Schätzung des abzutretenden Bodens wahrscheinlich sehr niedrig sei, derselbe würde auf alle Fälle bedeutend mehr gelten, wenn er öffentlich verkauft würde.

Abg. Schädler Eugen macht noch auf die fremdenpolizeilichen Beziehungen aufmerksam.

Regierungschef Frick ist der Auffassung, dass die Fremdenpolizei bei diesen Verhandlungen aus dem Spiel gelassen werden sollen, um nicht die Atmosphäre zu vergiften und für Liechtenstein vielleicht unangenehme Probleme auf den Plan zu rufen.

Abg. Kindle Florian fragt sich, ob es nicht gut wäre, wenn sie die Kommission einmal mit dem Balzner Gemeinderat zusammensetzen würde.

Regierungschef Frick ist überzeugt, dass sich die Balzner Gemeindevertretung im Klaren ist, welche Verhältnisse sich bei einer ablehnenden Haltung in der Ellhornfrage entwickeln würden. Vor der Durchführung einer weiteren Gemeindeversammlung müssten jedenfalls genaue Unterlagen vorliegen.

Präsident Strub ist ebenfalls der Ansicht, dass die Gemeindevertretung die gegebene Instanz für die Festlegung der Bedingungen und für weitere Verhandlung sei.

Abg. Brunhart Fidel teilt mit, dass die Gemeindevertretung mit der Regierung und dem Landtag nicht verhandeln könne, wenn die Gemeindeversammlung nicht einverstanden sei.

Abg. Hoop Franz stellt fest, dass irgendein Abschluss schliesslich doch mit der Gemeindevertretung und nicht mit der Gemeindeversammlung gemacht werden müsse. Wenn es so nicht gehe, solle Balzers eben einen verstärkten Gemeinderat wählen.

Abg. Kindle Florian bemerkt, genau wie der Landtag das Land zu vertreten habe, müssen der Balzner Gemeinderat seine Gemeinde vertreten und einen Standpunkt abgeben.

Präsident Strub macht den Vorschlag, dass bei der Wahlversammlung nochmals die Behandlung der Ellhornfrage stattfinden könnte. Gleichzeitig solle auch die Wahl des verstärkten Gemeinderates vorgenommen werden.

Abg. Hoop Franz erwähnt noch, dass es Aufgabe eines Vor-

stehers sei, nicht nur die Schattenseiten, sondern auch die Vorzüge einer Sache zu beleuchten.

2. Vergebung der Postautohalterstellen.

Regierungschef Frick bringt diese Angelegenheiten nochmals wegen der stärkeren Aufteilung des Netzes zur Diskussion. Er gibt den Inhalt eines Schreibens an die Generaldirektion der PTT und deren Antwort bekannt. Es wäre Wunsch der Regierung mehrere Unternehmer zu haben, sofern die Wirtschaftlichkeit nicht darunter leidet.

Abg. Elkuch Philipp ist der Meinung, dass die Sache am schnellsten abgeklärt wäre, wenn man die Postautohalterstellen ausschreiben würde. Entsprechend den Offerten der Bewerber könne man die Wirtschaftlichkeit berechnen. Es würde ihn noch interessieren, ob für jeden Kilometer der gleiche Preis bezahlt werde, wenn ein Unternehmer verschiedene Wagen unterschiedlicher Platzzahl und Grösse besitze. Er gibt noch seine Ansicht über die Aufteilung der Kurse bekannt.

Regierungschef Frick erwähnt, dass man sich vor allem klar werden müsse, in wie viele Linien das Netz aufgeteilt werden soll.

Präsident Stubb hat das Gefühl, dass es eine heikle Angelegenheit wäre gegen den Standpunkt der Generaldirektion der PTT mehr Konzessionen einzuführen, obwohl es klar sei, dass bei mehreren Konzessionen die Wirtschaftlichkeit leide.

Abg. Kindle Florian ist betreffs der Wirtschaftlichkeit der gleichen Ansicht wie Abg. Elkuch.

Abg. Schädler Eugen weist darauf hin, dass das Land unter diesen Umständen den Gesuchstellern keinen Dienst erweisen würde, da bei einer kleinen Strecke wie Schellenberg & Ruggell-Eschen und beim Alpenkurs keine Rendite da sein kann.

Regierungschef Frick stellt fest, wenn bei einer Strecke zu wenig Rendite sei, werde sie nicht selbständig von der PTT-Verwaltung vergeben.

Abg. Sele Josef ist dennoch der Ansicht, dass man diese Postautohalterstellen zur Bewerbung ausschreiben soll. Eine weitere Frage sei auch die, dass die neuen Bewerber neue Wagen anschaffen müssen und die jetzigen Unternehmer können mit den alten Wagen weiterfahren. Es sollte keiner bevorzugt werden.

Regierungschef Frick ersucht, die Vorschläge jeweils auch rechnerisch zu prüfen. Es sei augenscheinlich, dass die Anschaffung von zwei oder drei neuen Wagen für einen neuen Unternehmer nicht möglich seien, wenn man bedenke, dass der billigste Wagen ca. 80 000 Franken koste.

Abg. Kindle Florian antwortet, wenn man die Angaben der PTT in Betracht zieht, wäre es ja unmöglich, dass ein neuer Konzessionär anfangen könnte. Es wäre aber vielleicht doch möglich, dass ein Anfänger einen Occasionswagen finden könnte.

Präsident Strub bemerkt, dass er wahrscheinlich nur einen ganz schlechten Wagen kaufen könnte. Die PTT - Verwaltung würde ihm dann wahrscheinlich die Amortisation vorschreiben, was zu einer baldigen Ersetzung des Wagens führen würde. Es könnte sein wirtschaftlicher Ruin sein.

Regierungschef Frick teilt mit, dass der Konzessionsinhaber nicht bankrott gehen kann, da er auf Risiko des Landes fährt. Es sei lediglich die Frage zu lösen, ob man die derzeitigen Linien noch mehr aufteilen wolle oder nicht. Nachdem er Inspektor Meier gehört habe, sei er allerdings der Ansicht, dass die Ausschreibung nur noch Formsache sei, weil für einen Anfänger unter den heutigen Bedingungen diese Neuanschaffungen erstens in dieser kurzen Zeit unmöglich seien und zweitens wirtschaftlich nicht tragbar seien.

Abg. Kindle Florian besteht darauf, dass man die Postautohalterstellen auf alle Fälle ausschreiben soll, damit nachher keiner sagen könne, dass er keine Möglichkeit gehabt hätte, ein Gesuch einzureichen. Wenn der Gesuchsteller den Anforderungen nicht entsprechen können sei es seine Sache.

Abg. Sele Josef gibt bekannt, dass er mit Interessenten gesprochen habe, einer davon habe ihm mitgeteilt, dass er in der Lage sei, binnen drei Monaten einen Wagen zu beschaffen.

Regierungschef Frick betont nochmals, dass man wirtschaftliche Ueberlegungen anstellen müsse, man könne es heute nicht riskieren, dass der Staat durch das Postwesen noch mehr belastet werde. Man habe dieses Jahr ohnehin schon in verschiedenen Monaten in diesem Ressort aufgezahlt.

Präsident Strub unterstützt den Standpunkt der schweizerischen Postverwaltung. Gleichzeitig macht er darauf aufmerksam, dass die Postverwaltung selbstverständlich nach ihrer eigenen Kalkulation gehe. Sofern diejenige des Bewerbers nicht mit ihrer eigenen Kalkulation übereinstimme, falle die Bewerbung nicht in Betracht.

Abg. Kindle Florian stellt Vergleiche mit dem Arbeitsvergebung des Bauamtes an.

Abg. Elkuch Philipp ist der Auffassung, wenn man nur zwei Strecken ausschreibe, könnten die heutigen Konzessionsinhaber beliebige Offerten einreichen, da sie ja ohnehin die einzigen wären, die in diesem Fall in Betracht kämen. Wenn jedoch vier Strecken ausgeschrieben werden, müssen sie doch noch mit Konkurrenten rechnen.

Regierungschef Frick hat den Eindruck, dass der Landtag von ganz falschen Grundsätzen ausgehe. Er legt deshalb nochmals den Aufbau der Kalkulation der PTT dar. Es komme eben darauf an, ob der Landtag auf die Erfahrung anderer Leute abstellen wolle oder nicht.

Abg. Sele Josef stellt den Antrag, dass vier Strecken ausgeschrieben werden, damit die heutigen Konzessionsinhaber wissen, dass sie bei der Offerteneingabe eine eventuelle Konkurrenz zu fürchten haben.

Regierungschef Frick erkundigt sich, wie die Gebiete aufgeteilt werden sollen.

Abg. Sele Josef : Sie sollten folgendermassen aufgeteilt werden: Oberland, Vaduz-Triesenberg-Alpengebiet, Unterland und Schellenberg. Ob man drei oder vier Kurse schaffen soll, sei egal, seine erste Ansicht sei gewesen, dass vier Kurse geschaffen werden sollen. *Wie man das Unterland aufteilen will, sei Sache der Unterländer.*

Abg. Hoop Franz ist überzeugt, dass alle Abgeordneten die Postautokurse in vier Konzessionsgebiete einteilen würden, wenn eine wirtschaftliche Möglichkeit vorhanden wäre. Es habe jedoch keinen Zweck, vier Gebiete zu nennen, wenn die PTT wegen der Unwirtschaftlichkeit die ganze Sache nicht gutheissen könne.

Abg. Sele Josef möchte seinen Antrag noch dahingehend ergänzen, dass die Antragsteller auf ihre finanzielle und Lage und ihre Fähigkeiten geprüft werden.

Abg. Kindle Florian fordert die Unterländer Abgeordneten auf, sich selbst zu äussern, wie sie ihren Postautokurs ausgeschrieben haben wollen. Er unterstützt sonst den Antrag des Abg. Sele

Abg. Hoop Franz teilt mit, dass im Unterland die Gemeinden Ruggell, Schellenberg und Gamprin zusammengefasst werden müssten.

Regierungschef Frick kommt nochmals auf die Ausschreibung zurück und macht darauf aufmerksam, dass es sich nicht um eine Bauabrechnung, sondern um eine Kilometerabrechnung handle wobei die Unterhaltskosten der Omnibusse und der Abschreibung eine grosse Rolle spiele.

Präsident Strub bemerkt, dass der Abgeordnete Kindle von der Wirtschaftlichkeit einer Aufteilung der Postautohalterkonzessionen in vier Linien überzeugt sei, der Fachreferent habe dies seiner bestritten, nun komme nur noch darauf an, wer recht habe. *jet*

Regierungschef Frick regt an, dass man zu konkreten Vorschlägen kommen solle.

Schädler Eugen wäre im Prinzip nicht dagegen, dass die Konzessionsgebiete weiter aufgeteilt werden, wenn die Wirtschaftlichkeit nicht augenscheinlich darunter leiden würde.

Abg. Kindle Florian möchte die Sache nur so ausgeschrieben haben. Er sei überzeugt, dass z.B. Ritter im Unterland für beide Strecken so wirtschaftlich kalkulieren könne, dass ein Konkurrent nicht mehr in Betracht falle, aber die Möglichkeit zur Offerteinreichung müsse ihm gegeben werden.

Abg. Schädler Eugen macht darauf aufmerksam, dass ein neuer ja nicht weiss, wieviel Kilometer er tatsächlich zu fahren hat, weil er auch nicht weiss, welche Strecke er zu fahren hat.

Regierungschef Frick warnt davor, dass man die Konzessions-

gebiete noch weiter aufteilt, man möge bedenken, dass dann jeder Postautohalter wieder eigene Reservewagen halten müsse, die ja auf alle Fälle auch das Land amortisieren müsse.

Präsident Strub erwähnt, dass die Abgeordneten Kindle und Sele bezüglich der Ausschreibung für zwei Konzessionsgebiete bemerkt hätten, dass man Theater aufführe. Er möchte die fragen, ob diese Lösung etwas anderes sei, wenn die Aeusserungen der beiden Abgeordneten zusammennehme. *man*

Abg. Sele Josef zweifelt nicht an der Erfahrung der Leute von der PTT-Direktion. Er bringt noch ein Beispiel über die Strecke - Buchs - Nesslau.

Präsident Strub macht den Vorschlag, dass man der PTT schreiben soll, dass man an der Wirtschaftlichkeit festhalte. Man möchte jedoch den verschiedenen Interessenten die Möglichkeit geben, sich zu bewerben, damit nicht der Anschein entstehe, dass man nur die jetzigen Konzessionäre berücksichtigen wolle.

Abg. Sele Josef führt aus, *wie es genommen habe, sei* ~~es~~ es sehr hinderlich und unpraktisch ~~sei~~, wenn alle Karten am Postschalter gelöst werden müssen.

Regierungschef Frick klärt über das Verkaufssystem für Fahrkarten auf. Es gebe verschiedene Arten von Abonnements, diese könnten nur am Postschalter gelöst werden. Einfache Karten können auch im Auto gelöst werden.

Abg. Hoop Franz teilt mit, dass der Konzessionsinhaber im Unterland die Leute mit seinen Märchen über die zukünftigen Zustände bei den Postautos ganz kopfscheu mache. Es wäre zweckmässig, wenn ihm diese Art von Gegenpropaganda irgendwie gelegt würde.

Abg. Kindle Florian findet ein solches Vorgehen von Seiten eines Konzessionsinhabers unfair.

Schädler Eugen legt die Gründe dar, wie es soweit kommen konnte. Die Postautochauffeure von Ritter seien zu den Leuten schon immer äusserst grob gewesen. *Es sollte nur diese Ungehörlichkeiten gewesen, die zu dieser Änderung des Systems bewegen hätten.*
Regierungschef Frick nimmt diese Propaganda nicht so tragisch. Die Postautohalterstellen würden ja mit Anfang nächsten Jahres vergeben, somit dürfte dieses Geschwätz von selbst ein Ende nehmen. Er sei überzeugt, dass sich die ganze Sache gut anlasse. Besonders die Chauffeure müssen zu einem anständigen Verhalten aufgefordert werden.

Schluss um 11.30 h.

---oo0oo---

Der Präsident:..... *Strub*

.....Schriftführer:..... *M. M. M. M. M.*